Tessa Hofmann

„…Ausweisung und Ausrottung sind türkisch gleiche Begriffe“:
Vortrag auf der Gedenkveranstaltung des Vereins Akritas Wuppertal, 19. Mai 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wir gedenken heute Abend des Genozids an den Griechen des Pontos, jener Gebirgsregion an der südlichen Schwarzmeerküste, die sich zwischen den Städten Sinope und Rize erstreckt. Um zu verstehen, was geschah, wie es geschah und warum, bitte ich Sie, mir auf eine Zeitreise in den Sommer des Kriegsjahres 1915 zu folgen:

Bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel-Therapia häuften sich Ende Juni die ersten Berichte des Konsuls Dr. Bergfeld aus Trabzon und des Vize-Konsuls Kuckhoff aus Samsun. Sie berichteten von der bevorstehenden Deportation der Armenier, die im Pontos wie im übrigen Osmanischen Reich von der Regierung des jungtürkischen Nationalistenregimes am 25. Mai 1915 angeordnet worden war und in den kommenden Wochen mit äußerster Brutalität durchgeführt werden sollte. Bergfeld wies darauf hin, dass der Deportationsbefehl allein schon deshalb den sicheren Tod für die etwa 30.000 Armenier der Provinz Trapesunt bedeuten würde, weil etwa 300 Kilometer des ihnen bevorstehenden Marsches von Flecktyphus verseucht waren.

Mit großem Mitgefühl und banger Vorahnung nahm die griechische Bevölkerung des Pontos Anteil am Schicksal ihrer armenischen Nachbarn. Pailadzo Captanian, eine Deportierte aus Samsun, schilderte in ihren schon 1919 veröffentlichten Memoiren, wie sich der griechisch-orthodoxe Metropolit der Stadt bemühte, wenigsten die Kinder zu retten und auf griechische Familien zu verteilen: „Der Metropolit empfing mich gütig und führte mich in den Salon. ‚Weinen Sie nicht, meine Dame’, sagte er zu mir, ‚Ihre Kinder sind in Sicherheit.’ (…) Ich bat den Metropoliten, mich der Frau vorzustellen, die künftig meinen Kindern Mutter sein sollte. Er führte mich in ein Zimmer voller armenischer Kinder. Man hatte sie dort versammelt, damit die griechischen Familien ihre Wahl treffen konnten.
Der Anblick der Kinder ließ mich an eine Szene aus ‚Onkel Toms Hütte’ denken, in der kleine Schwarze verkauft werden. (…) Wie konnte ich nur meine Kinder verlassen, ich, die ich sie bis zu diesem schrecklichen Augenblick niemals irgendjemandem anzuvertrauen mochte. Doch sie zurückzulassen war der einzige Weg, sie vor dem Schicksal zu bewahren, das mich erwartete.“

Durch eine Kette glücklicher Fügungen überlebte nicht nur die Erzählerin den dreimonatigen Todesmarsch, sondern fand sogar auch ihre in Samsun zurückgelassenen beiden Söhne nach

dem Weltkriegsende wieder. Die griechische Bevölkerung des Pontos aber ereilte bald ein ähnliches Schicksal wie ihre armenischen Landsleute. Schon anlässlich der Vertreibung der letzten Armenier aus Trapesunt drückte Konsul Bergfeld in einem Bericht vom 27. August 1915 seine Befürchtungen hinsichtlich der Griechen aus. Er schrieb im Zusammenhang mit offenbar straffreien Plünderungen am Eigentum der armenischen Deportierten:
„Die geschilderten Vorkommnisse sind nicht nur im Hinblick auf das deutsche und das türkische Ansehen, sowie aus allgemein menschlichen Gründen bedauerlich, sie bieten auch die Gefahr, dass die Komiteeleute[1] an einer derartigen mühelosen Bereicherung Gefallen finden und im gegebenen Moment gegen die griechische Bevölkerung in derselben Weise vorgehen, falls jetzt keine Bestrafung erfolgt."

Bergfelds Befürchtungen erfüllten sich ein knappes Jahr später, als im Juni 1916 das griechische Dorf Taderesi in der Provinz Ankara sowie die gesamte griechische Bevölkerung des Küstengebiets im Bezirk Kastamonu ins Landesinnere zwangsumgesiedelt wurden, gefolgt von den Griechen der Stadt Sinope, wo die Bevölkerung nur vier Stunden vor Abmarsch über ihre Deportation in Kenntnis gesetzt wurde. Vize-Konsul Kuckhoff telegraphierte am 16. Juni 1916 anlässlich der Deportationen aus Sinope: „(…) Ausweisung und Ausrottung sind türkisch gleiche Begriffe, denn wer nicht umgebracht wird, verfällt meist den Krankheiten oder dem Hungertode. (...)"[2]

Kuckhoffs Vorhersage sollte sich auf das Schlimmste bewahrheiten. In einem telegraphischen Sonderbericht, der am 21. August 1916 in der *New York Times* erschien, heißt es, dass die osmanischen Behörden im Schwarzmeergebiet

„die Zivilisten aus den Dörfern in großer Anzahl zusammen trieben und sie gruppenweise in Konzentrationslager in das Landesinnere schickten. Das kam praktisch einem Todesurteil gleich, denn sie waren gezwungen, in großer Zahl zu Fuß zu marschieren, ohne jegliche Nahrung. Unterwegs wurden diese bejammernswerten Karawanen von Türken angegriffen, die sie um alles beraubten, was sie besaßen. Den unglücklichen Müttern wurden die Kinder fortgenommen. Die Deportationen erfolgten in erheblichem Maßstab."[3]

In einem Brief aus dem Jahr 1918 schilderte Germanos, der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Amisos (Amasya) and Samsun, die systematische Zerstörung der pontosgriechischen Landwirtschaft und betonte die kalkulierte Einbeziehung des Wetters, um die weibliche Bevölkerung zu vernichten. Denn so, wie im Jahr 1915 die Armenierinnen in der heißesten Jahreszeit nach Mesopotamien getrieben wurden, machten sich die jungtürkischen Völkermörder im Winter 1916/17 die Kälte zu nutze:

"Zunächst legte die Armee die gesamte Umgebung in Schutt und Asche. Fast alle an Tabakpflanzungen reichen Dörfer (…) wurden geplündert und in Brand gesetzt. Eine große Anzahl von Frauen und Kindern wurde getötet, die jungen Mädchen aber geschändet und gleich anschließend in das Landesinnere getrieben. Wohin? In die Provinz Angora, nach Tschorum, nach Sungurlu, und noch weiter. Der Winter war von der strengsten Art; diese Mädchen mussten dreißig oder 40 Tage durch schneebedeckte Berge wandern und nachts im Freien schlafen. Für mehrere Tage waren sie ohne Essen, denn man gestattete ihnen nicht, Brot für Geld zu kaufen; sie wurden fortwährend von den Gendarmen geschlagen und ihnen wurde alles Geld, das sie bei sich hatten, genommen. Und wenn sie in eine Stadt gelangten, dann wurden sie brutal in die öffentlichen heißen Bäder gestoßen, unter dem Vorwand der Hygiene und der Reinlichkeit, und ebenso schnell wieder herausgezogen. Auf diese

Weise eine leichte Beute der Kälte, trieb man sie weiter. Natürlich starben die meisten auf der Straße, und keiner der Toten wurde beerdigt. Geier und Wildhunde hielten ihr Festmahl am Menschenfleisch."[4]

Das Ende des Weltkrieges brachte den griechisch-orthodoxen Bürgern des Osmanischen Reiches keine Erleichterung, trotz der Versprechen der alliierten Sieger, die für die Todesmärsche und Massaker verantwortlichen Jungtürken vor Gericht zu stellen, die verschleppten christlichen Frauen und Kinder zu befreien sowie die christliche Bevölkerung besser zu schützen. Im Gegenteil, es begann nun für die Griechen, aber auch für die in ihre Heimat zurückstrebenden armenischen Überlebenden die entscheidende Vernichtungsphase. Denn während des Weltkrieges bremste noch die besonders von den deutschen Militärverbündeten immer wieder geforderte Rücksichtnahme auf das neutrale Griechenland die Maßnahmen der Jungtürken.

Mustafa Kemal in Samsun 1919

Die Lage der osmanischen Griechen verschlimmerte sich grundlegend, nachdem Mustafa Kemal im Mai 1919 vom Sultan beauftragt worden war, die bewaffneten irregulären Banden – *çeteler* auf Türkisch - zu zerschlagen, die sich überall in Kleinasien im Widerstand gegen die Rückkehr überlebender Christen gebildet hatten. Kemal tat das Gegenteil: Er stellte sich an die Spitze dieser Banden und verlieh der bis dahin spontanen Bewegung die Kraft eines organisierten Widerstands sowohl gegen die alliierten Besatzer, als auch gegen die osmanischen Christen, die als mutmaßliche Handlanger der Alliierten galten.

Osman Ağa Feridinoğlu alias "Topal" Osman

Schon im November 1919 stellte John de Robeck, der britische Flottenadmiral und Oberbefehlshaber der alliierten Mittelmeerflotte sowie Alliierte Oberkommissar in Konstantinopel fest:

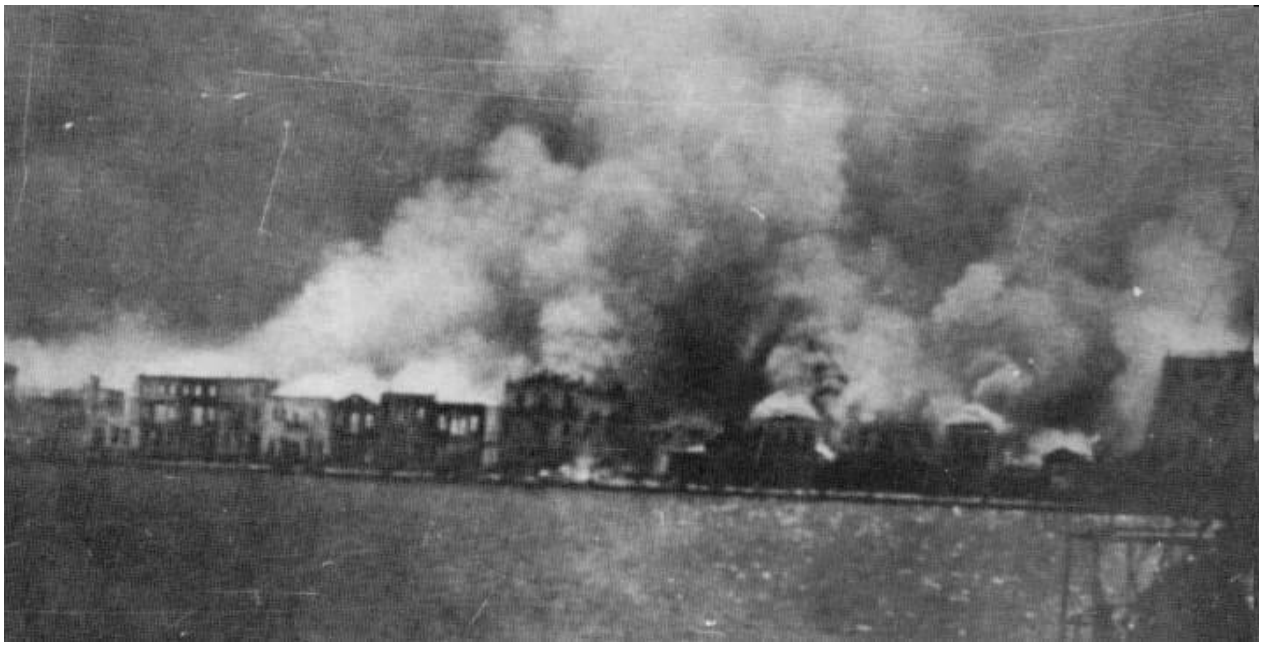
John de Robeck

„(…) Die Christen sind jetzt bestürzt und eingeschüchtert… Jeder Bezirk besitzt seine Banditengruppe, die als Patrioten auftreten. Selbst in der Umgebung Konstantinopels bildet bewaffneter Raub eine tägliche Erscheinung. Hauptopfer sind natürlich die ungeschützten christlichen Dörfler. Hinter all diesen Elementen des Aufruhrs steht Mustafa Kemal. … Die Regierung kann und will keinen Finger rühren, um den Christen zu helfen."[5]

Doch auch die kriegsmüden Alliierten selbst rührten kaum einen Finger, sondern beauftragten statt dessen Griechenland, mit einer in der ionischen Hauptstadt Smyrna stationierten Interventionsarmee die christliche Bevölkerung zu schützen – eine im Rückblick betrachtet konfliktverschärfende Entscheidung. Zusammen mit dem seit dem Jahr 1915 schwelenden *Ethnikos Dichasmos,* dem "Nationalen Zerwürfnis" zwischen dem hellenischen Parlament und dem König Griechenlands, wurde die griechische Besatzung Ioniens zur Hauptursache für die wachsende internationale Isolation Griechenlands. Als Ende 1920 der von den Alliierten geschätzte hellenische Regierungschef Eleftherios Venizelos ins Exil getrieben wurde und der prodeutsche König Konstantinos I. nach einer Volksabstimmung wieder zur Macht gelangte, kehrten sich sämtliche Verbündeten von Griechenland ab. Die griechisch-orthodoxen Bürger des Osmanischen Reiches bezahlten diese Entwicklung mit ihrem Leben, mindestens aber mit dem Verlust ihrer Heimat. Denn mit dem internationalen Vertrag von Lausanne erkannten im Juli 1923 die Alliierten die Siege der kemalistischen „Befreiungsarmee" an und legitimierten damit im Nachhinein die genozidalen Mittel, die zu diesen Siegen geführt hatten. Den zeitgenössischen europäischen und nordamerikanischen Augenzeugen blieb nur die ohnmächtige Chronistenrolle. Sie schilderten in ihren Berichten die deeskalierende Gewalt gegen Griechen und die letzten Armenier, im Pontos, in Ionien, in Bithynien und vielen anderen Gebieten. Der Amerikaner Donald M. Hosford[6], ein Lehrer am Anatolia College in Marsovan, berichtete über die Lage vor seiner Abreise aus Samsun am 5. Oktober 1921: „ Alle griechischen Männer der Region wurden deportiert. Aus den meisten Dörfern hatte man auch die griechischen Frauen und Kinder deportiert und die Dörfer zerstört. Während meines Aufenthalts in Samsun erhellte jede Nacht ab einem bestimmten Zeitpunkt ein anderes brennendes Dorf den Horizont."

In einem Bericht des „Daily Telegraph" vom 15. Mai 1922 hieß es: „Die gegenwärtigen Deportationen und Massaker in Kleinasien sind ohne Beispiel in der türkischen Geschichte. Sie übertreffen an Bedeutung jene der Gladstone-Ära und sogar diejenigen, die 1915 stattfanden. Es handelt sich nicht um isolierte Vorfälle, sondern um systematische, mit der vollständigen Ausrottung der christlichen Rassen als einzigem Motiv. (…) Die gesamte männliche griechische Bevölkerung von Trapesunt und dem Hinterland wurde gesammelt, in sogenannte Arbeitsbataillone gesteckt und an weit entfernte Orte wie Kars und Sarikamış gebracht. Die bejahrten Männer, Frauen und Kinder desselben Gebiets und derselben Rasse wurden (…) zu Fuß über Sivas nach Kayseri gebracht, dann gleichfalls zu Fuß wieder zurück und schließlich wurden sie nach Harput und Diyarbekir geschickt, wo die zivilisierten Beobachter ihre Spur verloren. Die übelsten Monate, wenn die anatolischen Berge mit Schnee bedeckt sind, wurden für diese Märsche gewählt. Die Mehrzahl der Deportierten erfror, kam auf der Strecke von Kräften und entrann somit dem direkten Massaker von der Hand ihrer Henker. Auf einem kurzen Abschnitt der Strecke hat ein zuverlässiger Zeuge 1.500 Leichen, auf einem anderen Teil 2.000 gezählt."

Seit dem späten 19. Jahrhundert hatte sich in der westlichen Berichterstattung über Christenverfolgungen im Osmanischen Reich der biblische Begriff Holocaust eingebürgert, weil es im Zuge dieser organisierten Massengewalt häufig zur Lebendverbrennung der Opfer kam. Der Holocaust fand seinen entsetzlichen Höhepunkt in der unverteidigten und ungeschützten ionischen Hauptstadt Smyrna, dessen armenisches Viertel am 13. September 1922 von Angehörigen der kemalistischen Befreiungstruppen so in Brand gesetzt wurde, dass die Flammen auf alle übrigen christlichen Viertel ausgriffen, aber das höher gelegene muslimische Viertel verschonten.



Die überlebenden Männer zwischen 18 bis 45 Jahren wurden als Kriegsgefangene behandelt

Weeding Out the Men.
All men of military age were torn away from their wives and children and led away in groups for deportation to the interior.

und in den kommenden Monaten bei der Zwangsarbeit zu Tode geschunden, die übrige Bevölkerung mit der Drohung in die Flucht getrieben, dass auch ihr anderenfalls dasselbe Schicksal drohe.

Die US-amerikanische Ärztin Dr. Esther Pohl Lovejoy, die für das Rote Kreuz Dienst an den Quais von Smyrna verrichtete, berichtete darüber in der zeit-

genössischen Presse:

„Ich war die erste amerikanische Rot-Kreuz-Frau in Frankreich. Aber was ich während des

Weltkrieges sah, scheint ein Liebesfest zu sein im Vergleich mit den Gräueln von Smyrna. Als ich in Smyrna eintraf, waren auf den Kais 250.000 Menschen zusammengedrängt – erbarmenswert, leidend und schreiend, darunter geschlagene Frauen mit vom Leib gerissenen Kleidern, getrennte Familien und alle ausgeraubt. Da sie wussten, dass ihr Leben von einer Flucht vor dem 30. September abhing, verharrten die Mengen am Wasser zusammengedrängt – so eng, dass kein Platz blieb, um sich hinzulegen. Die Sanitärverhältnisse waren unaussprechlich. (…)

Dreiviertel der Menge bestand aus Frauen und Kindern, und nie habe ich so viele Frauen Kinder tragen sehen. Es schien, dass jede zweite Frau eine werdende Mutter war. Die Flucht und die Umstände führten zu zahlreichen Frühgeburten, und auf dem Kai, wo es kaum Platz gab, um sich hinzulegen, und ohne Hilfe wurden die meisten dieser Kinder geboren. In den fünf Tagen, die ich dort war, erfolgten über 200 solcher Niederkünfte.

Noch herzzerreißender waren die Schreie der Kinder, die ihre Mütter, oder der Mütter, die ihre Kinder verloren hatten. Sie wurden durch den großen, bewachten Verhau getrieben, und es war unmöglich, zu den Verlorenen zurückzukehren. Mütter kletterten mit der Kraft des Wahnsinns fünf Meter hohe Stahlzäune empor und suchten trotz der Schläge mit Gewehrkolben in ihre Gesichter nach ihren Kindern, die wie Tiere schreiend umherjagten. (…)

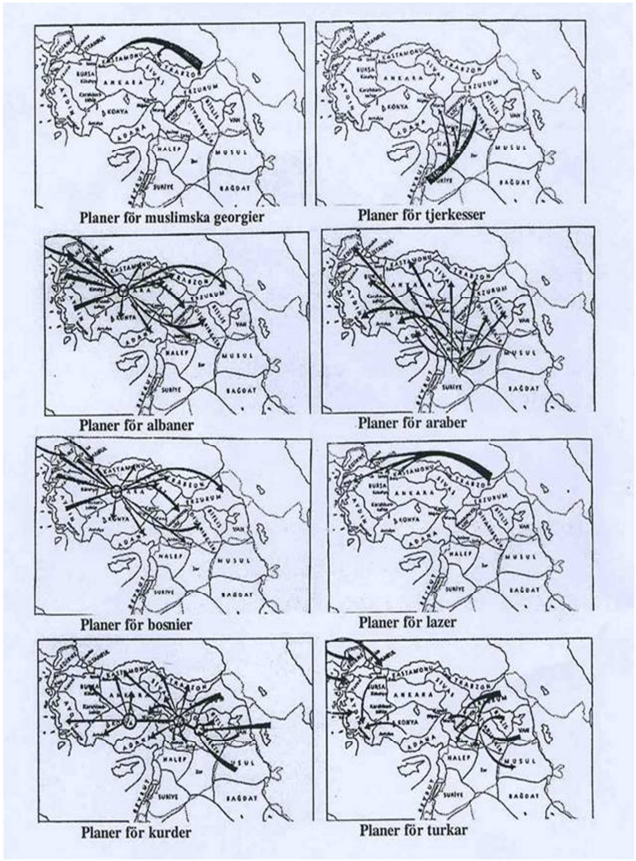
Der Schrecken von Smyrna liegt jenseits aller Vorstellungskraft und der Macht des Wortes. Es handelt sich um ein Verbrechen, für das die ganze Welt Verantwortung trägt, weil sie durch sämtliche Zeitalter der Zivilisation hindurch nicht in der Lage war, wenigstens einige Mittel zu entwickeln, um solche Befehle wie die Evakuierung einer ganzen Stadt und die Mittel, mit denen diese ausgeführt wurden, zu verhindern. Es ist ein Verbrechen, das die Welt infolge ihrer Auffassung von Neutralität verübt hat und womit sie diese Ausschreitung gegen 200.000 Frauen zugelassen hat.“[7]

Zum Beurteilung dieser Vorgänge und ihrer Dimension erscheinen mir folgende Hinweise unerlässlich:

1) Entgegen einer unter Pontosgriechen noch immer verbreiteten Annahme bildeten die genozidalen Ereignisse in ihrer Heimat keinen Einzelfall oder regionalen Völkermord. Die Vernichtung der Griechen des Pontos war vielmehr integraler Bestandteil des Genozids, der an der *rum millet-i*, also an den griechisch-orthodoxen Bürgern des Osmanischen Reiches im Zeitraum 1912-1922 verübt wurde. Dieser Völkermord begann zur Zeit der Balkankriege in Thrakien, setzte sich 1913 und 1914 in Ionien fort und griff während des Ersten Weltkriegs auf den Pontos über. Von einer christlichen Gesamtbevölkerung von mindestens fünf Millionen im Kerngebiet des Osmanischen Reiches kamen im letzten Jahrzehnt osmanischer Herrschaft 3,5 Millionen bei Massakern, Todesmärschen sowie Zwangsarbeit um. Jeweils etwa anderthalb Millionen der Opfer waren Armenier bzw. Griechen.

Erster Balkankrieg (Okt. 1912/13): aus Kleinasien vertriebene Griechen in Saloniki/türk. Selanik (1912 von Griechen erobert bzw. befreit, was wiederum eine Massenflucht von Muslimen und Juden in das verbliebene osmanische Herrschaftsgebiet auslöste.

2) Der Völkermord an den osmanischen Griechen ist seinerseits das Resultat der türkisch-nationalistischen Bestrebung, das zerfallende Osmanische Reich durch ethnische Homogenisierung zu stabilisieren.



Deportationspläne für muslimische Volksgruppen des Osmanischen Reichs (Quelle: Fuat Dündar, 2001)

3) Im Fall der für politisch unzuverlässig gehaltenen christlichen Bürger führte diese Zielsetzung zur physischen Vernichtung, denn die politische Elite des osmanischen Reiches hielt spätestens seit 1913 die beiden größten christlichen Ethnien – Armenier und Griechen – für nicht mehr assimilierbar.

„Dass die Verbannung der Armenier nicht allein durch militärische Rücksichten motiviert ist, liegt zutage. Der Minister des Innern Talaat Bey hat sich hierüber kürzlich gegenüber dem zur Zeit bei der Kaiserlichen Botschaft beschäftigten Dr. Mordtmann ohne Rückhalt dahin ausgesprochen, dass die Pforte den Weltkrieg dazu benutzen wollte, um mit ihren inneren Feinden - den einheimischen Christen - gründlich aufzuräumen, ohne dabei durch die diplomatische Intervention des Auslandes gestört zu werden; das sei auch im Interesse der mit der Türkei verbündeten Deutschen, da die Türkei auf diese Weise gestärkt würde."

Schreiben des deutschen Botschafters von Wangenheim, 17. Juni 1915,
S. 2. PA/AA. IA Türkei 183. Armenien. Vol. 37. Mikrofiche Nr. 7122

„Dem Jungtürken schwebt das europäische Ideal eines einheitlichen Nationalstaates vor. Die nicht-türkischen mohammedanischen Rassen wie Kurden, Perser, Araber usw. hofft er auf dem Verwaltungswege und durch türkischen Schulunterricht unter Berufung auf das gemeinsame mohammedanische Interesse turkifizieren zu können. Die christlichen Nationen – Armenier, Syrer, Griechen – fürchtet er wegen ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Überlegenheit und sieht in ihrer Religion ein Hindernis, sie auf friedlichem Wege turkifizieren zu können. Sie müssen daher ausgerottet oder zwangsislamisiert werden. “

Dr. Martin Niepage (Realschullehrer in Aleppo): Ein Wort an die berufenen Vertreter des deutschen Volkes, 1915, S. 11 f.

4) Bereits auf dem jungtürkischen Jahresparteitag von 1910 hatten die Teilnehmer die Deportation christlicher Bewohner aus den Rand- und Küstengebieten ins Landesinnere oder ein gewaltsames Vorgehen gegen Christen erwogen. Der folgende Parteitag von 1911 brachte die Wende in der Politik gegenüber Nichtmuslimen; im Bericht des jungtürkischen Zentralkomitees hieß es, die osmanische Gesellschaft müsse unter dem Islam, der türkischen Sprache und dem Kalifat vereint werden. Der Verlust der osmanischen Provinzen auf dem Balkan 1912 verhalf dem Türkismus innenpolitisch endgültig zum Sieg. Die spätestens 1914 konkret erörterten Pläne zur Türkisierung Anatoliens bauten bereits auf der Beseitigung der Christen auf. Die genozidalen Mittel der jungtürkisch-kemalistischen Homogenisierungspolitik wurden als so erfolgreich betrachtet, dass man sich in der türkischen Republik 1937 und 1938 erneut einsetzte, diesmal gegen die alewitische Bevölkerung der Region Dersim.

5) Die erfolgreichen Deportationen und „Säuberungen“ in Thrakien und Westanatolien zwischen 1912 bis 1914 stellen eine bei jedem Genozid auftretende Probetötung dar. Sie rief bei den Planern des Genozids die Gewissheit hervor, dass eine Volksgemeinschaft „notfalls“ auch gewaltsam beseitigt werden kann. Der US-Botschafter Henry Morgenthau notierte: „Bedry bey, der Polizeipräfekt von Konstantinopel, äußerte gegenüber einem meiner Sekretäre, die Türken hätten die Griechen so erfolgreich vertrieben, dass sie sich dafür entschieden hätten, die selbe Methode gegen alle anderen Völker des Reiches anzuwenden.“

6) Der Kriegseintritt des Osmanischen Reiches vom November 1914, die Neutralität bzw. der Kriegseintritt Griechenlands und seine innenpolitischen Krisen bilden Zusatzfaktoren, die den Ablauf der türkisch-nationalistischen Pläne verlangsamten oder beschleunigten, aber nicht grundsätzlich revidierten.

GENOCIDE

A new word cropped up in the Nuremberg trials. It is "genocide." Sir Hartley Shawcross and Sir David Maxwell-Fyfe used it to castigate the twenty-one German leaders who are on trial; Prof. Raphael Lemkin of Duke University, adviser on foreign affairs to our War Department, coined and defined it. There is need of the term. For lack of it Justice Jackson could dwell only on its implications in his historical opening address. Similarly Winston Churchill could say in his broadcast of August, 1941, merely that "we are in the presence of a crime without a name."

By genocide Professor Lemkin means the biological and cultural destruction of national, religious and other entities. "Mass murder" is not good enough because it says nothing about motives. "Denationalization" is no better because it has no connotation of biological destruction. So Lemkin coined genocide, a hybrid composed of the Greek "genos" (race, clan) and the Latin suffix "cide" (killing). We have parallels in "tyrannicide," "patricide" and "homicide."

Genocide is no new phenomenon, nor has it been utterly ignored in the past. Both Czarist Russia and Rumania were rebuked by this country for pogroms which were either officially instigated or condoned. The massacres of Greeks and Armenians by the Turks prompted diplomatic action without punishment. If Professor Lemkin has his way genocide will be established as an international crime, which like piracy is punishable in any country regardless of the defendant's nationality.

This new principle in international law is necessary, for no state would prosecute a crime instigated and committed by itself. The Eighth International Conference of American States, for example, provides that any persecution on account of racial or religious motives is international in character. By implication genocide has already been recognized as a distinct crime, with a distinct technique and distinct consequences. It now remains to incorporate the term in international law, which is what Professor Lemkin has already half accomplished. By charging the defendants in the Nuremberg trial with genocide the United Nations place them in the position of world enemies. A justification of their motives and deeds on national or other grounds is impossible, and if it were possible, the war would have been fought in vain. It now remains to include the term in the sentence.

The New York Times

Copyright © The New York Times
Originally published August 26, 1946

7) Jede Bewertung eines Massenverbrechens als Völkermord muss unter juristischen Aspekten erfolgen, auf der Grundlage der UN-Genozidkonvention. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass sich der Autor der Konvention, Raphael Lemkin, des Genozids an den Griechen des Osmanischen Reiches wohl bewusst war. In Vorträgen erwähnte er “die armenischen und griechischen Massaker durch die Türkei” als Beispiele für Staatsverbrechen, die durch ein damals noch fehlendes internationales Gesetz hätten verhindert werden können. Es gehört zu den traurigsten Folgeerscheinungen des Massenmords an den Griechen Thrakiens und Kleinasiens, dass diese Zusammenhänge weitgehend in Vergessenheit gerieten. Die wechselvolle Geschichte Griechenlands hat dabei ebenso eine Rolle gespielt wie das Bedürfnis der Staatsmänner Griechenlands, einvernehmlich und in Frieden mit dem türkischen Nachbarn zu leben. In griechischen Schulgeschichtsbüchern fand die so genannte kleinasiatische Katastrophe ebenso wenig statt wie in türkischen. Mit dem Begriff „Katastrophe“ lenkt man im griechischen Sprachgebrauch von dem Umstand ab, dass es sich um ein von Menschen verübtes und zu verantwortendes Verbrechen handelte. Mustafa Kemal drückte sich präziser aus. In einer langen Ansprache von der Nationalversammlung sagte er am 13. August 1923 mit Erleichterung und Freude: “Endlich haben wir die Griechen aus dem Pontos entwurzelt.“[8]

1923: Überlebende aus Smyrna treffen in Thessaloniki ein

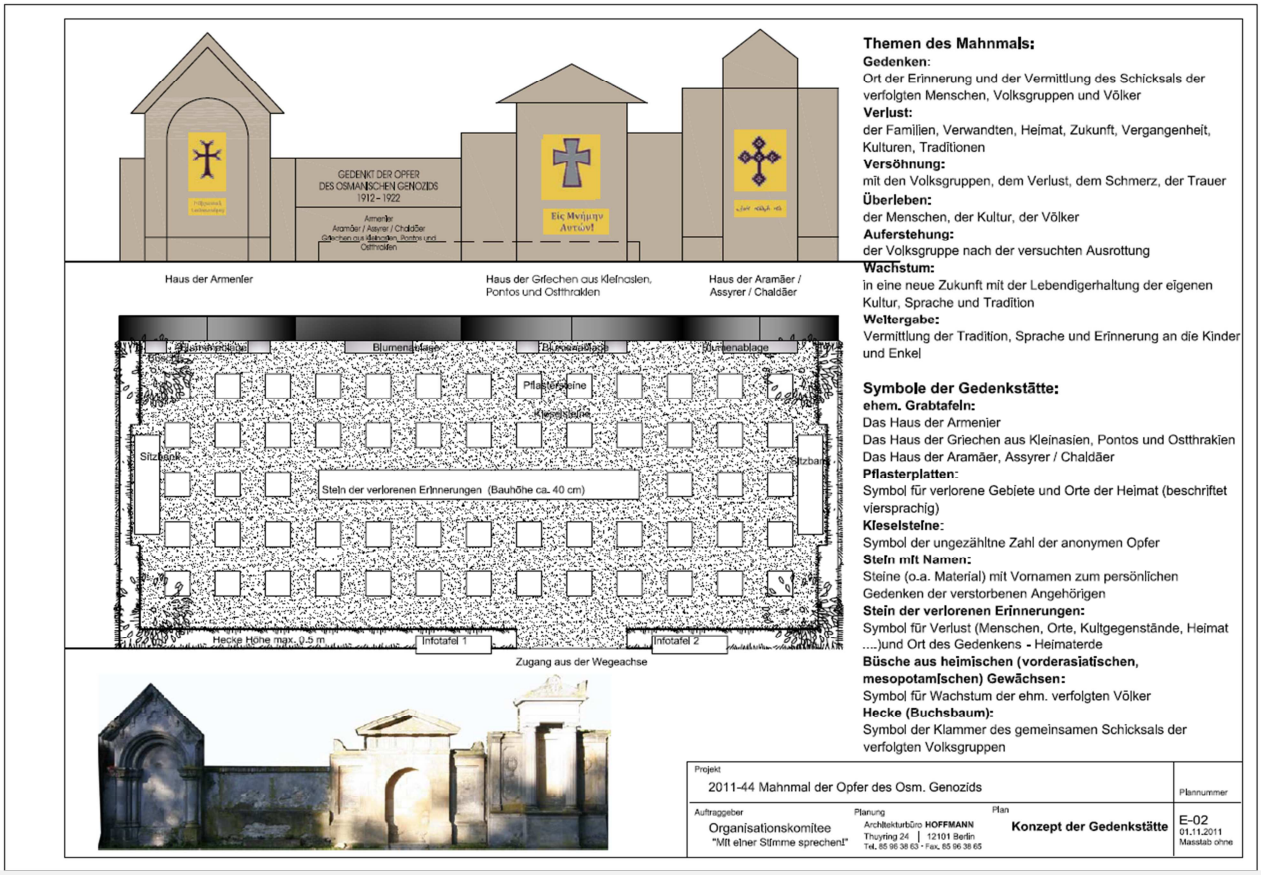
Die staatliche Förderung von Folklore sollte bei den ausgebürgerten und zwangsweise nach Griechenland ausgesiedelten *Mikrasiates* das Nachdenken über die politischen und rechtlichen Folgen ihrer Entwurzelung ersetzen. Es hat sich aber herausgestellt, dass solche Kalküle nicht aufgingen. In ihrer weltweiten Diaspora stellen die Kinder und Enkel der Überlebenden und Entwurzelten heute drängender denn je Fragen an die politisch Verantwortlichen. Ihre Wortführer konfrontieren die Gesetzgeber ihrer Gastländer mit der Forderung nach Anerkennung. Denn diese sind wir nicht allein den Toten und der historischen Wahrheit schuldig, sondern ebenso der Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen. Eine Welt ohne das größte aller Verbrechen, ohne Genozid, werden wir nur erreichen, falls wir auf der Anerkennung und Verurteilung der bereits vollzogenen Verbrechen bestehen.

In diesem Zusammenhang ist folgende Feststellung erforderlich: Keine der heutigen türkischen Generationen trägt persönliche Schuld für die Vernichtung der osmanischen Christen. Schon gar nicht besteht eine Kollektivschuld des türkischen Volkes. Auch bei Genozid wird Schuld stets individuell und persönlich festgestellt und geahndet. Allerdings verweigern die Regierung und der Gesetzgeber der Republik Türkei seit 1923 die Verantwortungsübernahme für Genozid und Vertreibungsverbrechen, seien es nun die der spätosmanischen Periode oder die in eigener Regie begangenen Verbrechen. In dieser beharrlichen Weigerung liegt aber das größte Hindernis für die Heilung, Aussöhnung sowie die regionale Stabilität. Aus solchen Erwägungen hat der größte internationale Verband von Genozidsforschern in seiner im Dezember 2007 verabschiedeten Resolution die Anerkennung des Genozid an den Griechen des Pontos und Anatoliens von der Regierung der Türkei gefordert.

Bericht (A6-0269/2006 - Berichterstatter: Camiel Eurlings)
Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2006/2118(INI

… (das Europäische Parlament) betont, dass die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern an sich zwar formal nicht zu den Kriterien von Kopenhagen zählt, dass es aber für ein Land, das sich auf dem Weg zum EU-Beitritt befindet, unerlässlich ist, sich seiner Vergangenheit zu stellen und sie zu bewältigen; fordert die türkischen Behörden diesbezüglich auf, die Arbeit von Forschern, Intellektuellen und Akademikern, die an dieser Frage arbeiten, zu erleichtern, indem ihnen Zugang zu den historischen Archiven gewahrt wird und ihnen alle einschlägigen Dokumente zur Verfügung gestellt werden; fordert die Türkei entsprechend den vom Parlament zwischen 1987 und 2005 angenommenen Entschließungen nachdrücklich auf, die erforderlichen Maßnahmen ohne jegliche Vorbedingungen zu ergreifen, um diplomatische und gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Armenien aufzunehmen, die Wirtschaftsblockade aufzuheben und die Landgrenze frühestmöglich zu öffnen (…);
vertritt die Ansicht, dass eine ähnliche Haltung in Bezug auf andere Minderheiten (beispielsweise die Griechen von Pontos und die Assyrer) vertreten werden sollte (…)

Doch damit kann es nicht getan sein. Die Anerkennung historischen Unrechts durch einen nationalen Gesetzgeber ermöglicht und verlangt Folgemaßnahmen im Bereich der Erinnerungspolitik und der Prävention weiteren Unrechts. Dazu gehören beispielsweise der Bau von Gedenkstätten im öffentlichen Raum bzw. die Anerkennung bereits vorhandener Denkmäler oder Gedenkstätten als öffentliches Denkmal. Dazu gehört auch der Einschluss des osmanischen Genozids an über drei Millionen Christen in die Schullehrpläne der Bundesrepublik Deutschland. Und dazu gehört ein Antileugnungsgesetz, das verhindert, dass die Toten fortgesetzt von türkischen Nationalisten als Vaterlandsverräter geschmäht werden und der öffentliche Friede unter den diversen Zuwanderergruppen in unserem Land immer wieder gefährdet wird. Vereine und Verbände der Armenier, Aramäer/Assyrer und auch der Pontosgriechen erheben derartige Forderungen seit mindestens zwei Jahrzehnten. Außer einigen Teilerfolgen bleibt jedoch noch viel zu tun.



Ökumenische Gedenkstätte für die Opfer des osmanischen Genozids an Christen (Berlin-Charlottenburg)

In der deutschen Hauptstadt Berlin soll eine ökumenische Gedenkstätte errichtet werden, die das Gedenken ein an die pontosgriechischen und übrigen anatolischen Christen einschließen wird. Die Fördergemeinschaft für eine Ökumenische Gedenkstätte für Genozidopfer im Osmanischen Reich ist inzwischen als gemeinnütziger Verein eingetragen bzw. anerkannt worden. In ihrer Satzung ist als Ziel vorgesehen, dass die künftige Gedenkstätte als öffentliches Denkmal Berlins anerkannt werden soll. Dies wäre ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit in einer Stadt, wo die Gräber von zwei Haupttätern des Genozids im Ersten Weltkrieg offiziell als Märtyrergräber bezeichnet und auf einem türkischen Friedhof alljährlich mit Gedenkfeiern geehrt werden. Cemal Azmi, der einstige Statthalter der osmanischen Provinz Trapesunta, galt als Schlächter von Armeniern und Griechen in seinem Amtsbezirk und trat unter anderem als Schänder kleiner Mädchen hervor.[9] Eine kritische, opferorientierte Aufarbeitung dieses Abschnitts gemeinsamer deutsch-türkisch-pontosgriechisch-armenischer Geschichte steht aber in Berlin noch aus.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[1] Gemeint sind die Mitglieder und Anhänger der regierenden jungtürkischen Partei „Komitee für Einheit und Fortschritt“ (Ittihat ve Terakki Cemiyeti“)

[2] Zitiert nach: Fotiadis, Konstantinos Emm. (Hg.): Der Genozid an den Pontosgriechen. Bd. 12: Unveröffentlichte Dokumente aus den Archiven der Außenministerien Deutschlands, Österreichs, Italiens und des Vatikan. (Thessaloniki): Herodot, (2003). S. 114

[3] Turks deporting Greeks: Civilian concentration camps victims attacked and despoiled. “The New York Times”, 21 August 1916, p. 2. - http://www.greek-genocide.org/press/21081916.html

[4] Turkish Cruelty Bared by Greeks. “The New York Times”, 16th June 1918, p. 42

[5] Zitiert nach: Rendel, G. W.: Memorandum on Turkish Massacres and Persecution of Minorities since the Armistice. March 20, 1922. – His Britannic Majesty’s Government, Archives. Eastern Turkey, Section 2, E 3148/19/44, S. 1

[6] Mr. Donald M. Hosford of Cleveland, Ohio was born in Crete, Nebraska on the 21st of December 1896. When Anatolia College was shut down he chose to stay on in the country as a relief worker.

[7] „Woman Pictures Smyrna Horror“: „New York Times“, 8.10.1922

[8] Zitiert nach einem Bericht des französischen Colonel Mougin; hier zitiert nach: Tsirkinidis, Harry: “At last we uprooted them…”, ibid., p. 300

[9] Vgl. die Dokumentation „Täterverehrung“ auf der Webseite der Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.: http://www.aga-online.org/worship/cemal-pasha.php?locale=de und http://www.aga-online.org/worship/bahaddin-sakir.php?locale=de